

## **Antwort auf die Wahlprüfsteine des Bündnisses „Rettet die Familie“**

*1. Wie wollen Sie das Missverhältnis beenden, dass die Investitionen in Kinder (Erziehungsarbeit und Sachkosten) den Eltern abverlangt werden, aber deren Ertrag (Altersversorgung) fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird?*

DIE LINKE betrachtet Kinder nicht als wirtschaftlichen Faktor im Sinne von Kosten und Nutzen, sondern als das, was sie sind: als Menschen. Die Kosten gegeneinander aufzurechnen wird diesem Menschenrechtsgedanken und einem humanen Leitbild nicht gerecht. Zudem werden hier Fragen thematisiert, die landesseitig kaum beeinflussbar sind.

Wir sehen dennoch zwei Punkte, an denen Verbesserungsbedarf besteht.

Zum einen kämpft DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung, damit kein Kind mehr arm sein muss. Zum anderen braucht es einen Kurswechsel in der Rentenpolitik, der u.a. auch Zeiten der Kindererziehung und Pflege einschließt.

Nicht nur wir, sondern auch Wohlfahrtsverbände und Wissenschaftler\*Innen fordern mit Nachdruck eine auskömmliche Kindergrundsicherung von mindestens 573 Euro. Jedes Kind hat ein Recht auf gute Bildung, Betreuung, Gesundheitsversorgung, eine gute Ernährung und eine angemessene Wohnsituation. Kinder sind in ihren Bedarfen keine kleinen Erwachsenen, sie haben auch nicht weniger Rechte als ein erwachsener Mensch.

Da sich Kinderarmut meist in Einkommensarmut begründet, muss zusätzlich der Mindestlohn weiter erhöht werden. Um Erwerbs- und Familienarbeit gut leisten zu können, braucht es weitere verbessernde Maßnahmen zur Vereinbarkeit und Familie und Beruf.

Der zweite, nicht weniger wichtige Faktor ist die Rente. Hier treten wir für eine Solidarische Mindestrente von 1050 Euro netto ein. Die Höhe der solidarischen Mindestrente ist stets an die Entwicklung der Lebenshaltung anzupassen und darf dementsprechend nicht abgesenkt werden. Zeiten der Kindererziehung, Pflege und Erwerbslosigkeit müssen mit einfließen, da sie anderenfalls in Altersarmut führen. DIE LINKE fordert die Gutschreibung von drei Entgeltpunkten pro Kind auf dem Rentenkonto – also ca. 90 Euro sogenannter „Mütterrente“. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist diese Verbesserung steuerfinanziert zu tragen und muss unabhängig vom Geburtsjahr und vom Geburtsort erfolgen. Es darf keine Rolle spielen, ob ein Kind 1960 oder 2010 oder ob es in Ost oder in West geboren wurde. Kinder sind alle gleich viel wert und haben gleiche Rechte.

*2. Die gegenwärtige einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung von Kleinkindern hat zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Eltern geführt, die ihre Kinder selbst betreuen oder dies bei finanzieller Gleichstellung gerne tun würden. Was will Ihre Partei unternehmen, um dem vom Grundgesetz geforderten primären Erziehungsrecht der Eltern wieder Geltung zu verschaffen?*

In unserem Land Brandenburg sehen wir die Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen, in denen die Eltern, falls sie es wünschen, ihre Kinder zur Betreuung und Frühförderung bringen können. Wir als LINKE kämpfen dafür, den gesetzlichen Anspruch auf einen Kita-Platz nicht nur zu gewähren, sondern auch zu gewährleisten, dass die Kinder in einer qualitativ hochwertigen Einrichtung der frühkindlichen Förderung so zeitig wie möglich Anteil an Bildung und sozialer Teilhabe haben können – natürlich in einem altersgemäßen Umfang.

In den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes gibt es für alle Familien die Möglichkeit des Elterngeldes. Danach können sie – sofern sie es wünschen – ihr Kind in eine Kita anmelden. Wir sehen keine Diskriminierung der Eltern, die ihr Kind lieber selbst zu Hause betreuen möchten, da ihnen dies nicht

verwehrt wird. Die KiTa ist nur ein Angebot und zwar eines, das in Brandenburg gut angenommen wird: 2017 wurden in unserem Land 55,8% der Kinder unter 3 Jahren in Kitas betreut.

Wir stehen hier vielmehr vor der Herausforderung ausreichend viele neue Kita-Plätze zu schaffen, denn unsere Bevölkerung wächst. Um diese Herausforderung gut zu meistern, setzen wir uns dafür ein, Ausbildungsplätze für Erzieher\*innen zu schaffen, die Hochschulausbildung auszubauen, Investitionsprogramme für den Ausbau von Kita-Plätzen aufzulegen u.v.m.

*3. Besonders deutlich werden die Strukturmängel unseres Sozialsystems beim Elterngeldgesetz, das das Elterngeld als „Lohnersatz“ definiert und damit die Betreuung von Kleinkindern nicht als anzuerkennende Leistung bewertet, sondern auf eine Stufe mit Krankheit und Arbeitslosigkeit stellt. Durch diese Konstruktion werden ausgerechnet diejenigen Eltern benachteiligt, die das Geld besonders nötig brauchen, Junge, noch in Ausbildung oder im Berufseinstieg befindliche Eltern und Mehr-Kind-Eltern, die wegen der Betreuung älterer Kinder nicht oder weniger erwerbstätig waren, sind bis heute von dieser Fehlbewertung betroffen. Was will Ihre Partei für die grundsätzliche Anerkennung der Erziehungsarbeit in der Elternzeit tun?*

DIE LINKE sieht beim Elterngeld vor allem Verbesserungsbedarf bei Alleinerziehenden und Transferleistungsbeziehern. Gerade Alleinerziehende sind gegenüber Zwei-Eltern-Familien stark benachteiligt. Zudem darf Elterngeld nicht länger auf Transferleistungen angerechnet werden. Des Weiteren fordern wir den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten im U3-Bereich, damit Kinder und Eltern ihr soziales Recht auf Kinderbetreuung wahrnehmen können. Dieses muss nach einheitlichen Standards gem. SGB VIII erfolgen.

Es muss möglich sein, sich zwischen familiärer Erziehungsarbeit zu fairen Konditionen und Berufstätigkeit bei guter Kinderbetreuung zu entscheiden. Diese Entscheidung darf nicht auf rein fiskalische Faktoren heruntergebrochen werden.

*4. Was wollen Sie tun, damit sich die Sozialpädagogik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie orientiert?*

DIE LINKE tritt für die Freiheit und Unabhängigkeit von Lehre und Forschung ein, was einschließt, den Einfluss politischer und wirtschaftlicher Interessen in Wissenschaftsorganisation und -arbeit möglichst zu minimieren. Wir kämpfen für eine gute Ausstattung unserer Hochschulen und den Erhalt und das Wachstum der Forschungseinrichtungen in unserem Land, damit die Wissenschaft unabhängig von Interessen bleiben kann.